

Sehr geehrte Damen und Herren,  
am vergangenen Dienstag, um Mitternacht, ist die in Artikel 314 des Vertrags vorgesehene Frist von 21 Tagen für die Budgetvermittlung abgelaufen. Die Delegationen des Rates und des Parlaments konnten sich auf keinen gemeinsamen Textentwurf einigen. Damit ist das Budgetverfahren für den Haushalt 2013 auf Basis des von der Kommission vorgelegten Entwurfs vorläufig gescheitert. Wie im Vertrag für einen derartigen Fall vorgesehen, ist es nun an der Kommission, einen neuen Entwurf vorzulegen. Diese hat bereits angekündigt, noch am Freitag der laufenden Woche, also am 23. November, einen neuen Vorschlag zu machen, in der Hoffnung, dass Rat und Parlament als gleichberechtigte Teile der Budgetbehörde sich doch noch auf einen Kompromiss einigen können,

der das Inkrafttreten eines ordentlichen Haushalts für 2013 zum 1. Januar des kommenden Jahres ermöglicht.

Lassen Sie mich klarstellen, dass das Europäische Parlament sich selbstverständlich seiner Verantwortung im Budgetverfahren bewusst ist, und, genau wie die Europäische Kommission, eine Einigung anstrebt. Wir sind uns dessen bewusst, dass - im Falle einer Nicht-Einigung - ein Zwölfteilhaushalt zwar ein gangbarer Weg ins nächste Haushaltsjahr ist, aber kein idealer.

Dennoch: einer Einigung um jeden Preis kann das Parlament keine Zustimmung mehr geben. Wir stehen mit unserem Budget am Scheideweg: Bereits die letzten beiden Jahre haben wir, den Zusicherungen der Mitgliedstaaten vertrauend, die Ratsposition bei den Zahlungen, die jeweils weit

unter dem Kommissionsentwurf für das jeweilige Haushaltsjahr lag, akzeptiert. Wir haben dies getan in Anerkennung der schwierigen Budgetlage, in der sich einige unserer Mitgliedstaaten befinden.

Allen Institutionen war klar, dass die Union mit diesem angenommenen Level an Zahlungen nicht auskommen kann und wird. Deswegen haben Rat und Parlament zum Abschluss der Budgetverhandlungen der beiden letzten Jahre feierlich erklärt, dass alle Zahlungen, die mit dem verabschiedeten Budget nicht beglichen werden könnten, über einen Nachtragshaushalt rasch und ohne großes Gezanke aufgebracht werden. Ich zitiere: *"Taking into account the ongoing fiscal consolidation efforts in Member States, the Council and the European Parliament agree on a reduction of the level of payment appropriations for 2012 as*

*compared to the Commission's Draft Budget. They ask the Commission to request additional payment appropriations in an amending budget if the appropriations entered in the 2012 budget are insufficient ... The Council and the European Parliament will take position on any draft amending budget as quickly as possible in order to avoid any shortfall in payment appropriations."*

Und an dieser Stelle befinden wir uns jetzt: Der Kommission liegen für das Haushaltsjahr 2012 zu bezahlende Rechnungen - aus Kohäsion, aus dem Sozialfonds, aus Wissenschaft, aus dem Erasmusprogramm - vor, die nun beglichen werden müssen und zwar in Höhe von 9 Milliarden Euro. Nur um es noch mal zu betonen, der Bedarf an zusätzlichen Zahlungen für 2012 - und hier, wohlgemerkt, nur zum 31. Oktober - beruht nicht

auf Schätzungen oder Annahmen, sondern auf rechtlichen Obligationen, die die Kommission zu erfüllen hat.

Um ernsthaft über das Budget 2013 verhandeln zu können, muss zuerst das Haushaltsjahr 2012 korrekt abgeschlossen werden. Wenn nicht fest steht, wie viele unbezahlte Rechnungen am 31. Dezember 2012 noch auf dem Tisch liegen, kann nicht seriöserweise darüber entschieden werden, welchen Budgetbedarf man für das Jahr 2013 hat.

Die Mitgliedstaaten haben es jedoch verabsäumt, bis zum Ende der Vermittlungsperiode glaubhafte Zusicherungen zu machen, dass sie bereit sind, sich an ihre eigene, im November 2011 abgegebene Erklärung zum Budget 2012 zu halten, und die fehlenden 9 Milliarden aufzubringen.

Hier kann es aber, anders als bei traditionellen Budgetverhandlungen keine Zugeständnisse geben: Wenn ich Rechnungen über 9 Milliarden zu bezahlen habe, kann ich mich nicht darauf beschränken, zwei, drei oder vier Milliarden als maximalen Betrag anzubieten. Das haben die Mitgliedstaaten jedoch bis Dienstagabend der vergangenen Woche getan.

Auf dieser Grundlage konnte mit dem Parlament keine Einigung gefunden werden, denn was die Mitgliedstaaten von uns verlangen, ist die Verabschiedung eines "Defizithaushaltes". Das Parlament ist nicht bereit, eine derart unseriöse Handlungsweise - die manche Mitgliedstaaten in ihren nationalen Haushalten pflegen - auf die europäische Ebene zu übertragen.

Wenn wir das Problem 2012 nicht lösen und zu viele ausstehende Zahlungen auf 2013 überrollen - wohlgemerkt dann mit Verzugszinsen zu leisten, werden wir 2013 vor unlösbaren Problemen stehen.

Das ist keine ordentliche Haushaltsgebarung mehr, kein "sound financial management", zu dem wir auch laut Haushaltsordnung verpflichtet sind.

Es ist daher klar, dass der Haushalt 2013 ausreichend sein muss, um alle Zahlungsverpflichtungen des nächsten Jahres erfüllen zu können; etwaige noch aus dem Jahr 2012 verbliebene Restforderungen - so zum Beispiel die Abdeckung der Monate Oktober und November des laufenden Jahres - müssen darüber hinaus mit frischem Geld und zusätzlich im Haushalt bereitgestellt werden.

Außerdem wird das Europäische Parlament um seine Prioritäten Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung kämpfen, hier ist der Haushaltsentwurf der Kommission auch bei den Verpflichtungsermächtigungen, etwa in Kategorie 1a, noch verbesserungswürdig.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir sind bereit, konstruktiv und ernsthaft an einer schnellen Lösung der offenen Fragen gemeinsam mit dem Rat zu arbeiten. Auch wir wollen einen Haushalt 2013! Wir sind verhandlungsbereit und hoffen, dass sich nach der Präsentation des neuen Entwurfs der Kommission, sobald das Verfahren wieder angelaufen ist, auch im Rat die Erkenntnis durchsetzt, dass man seine eigenen Rechnungen bezahlen muss.



Ein positives Wort zum Abschluss: zumindest konnten wir, durch das Insistieren des Parlaments, - und dafür habe ich mich auch persönlich eingesetzt - die Mitgliedstaaten davon überzeugen, dass der Nachtragshaushalt 5 für 2012, mit der Mobilisierung des Solidaritätsfonds für die Erdbebenopfer in Italien in Höhe von 670 Millionen Euro rasch verabschiedet werden muss. So haben wir mit der Abstimmung über diesen Nachtragshaushalt heute zu Mittag ein Zeichen aktiver Solidarität mit einem Mitgliedstaat und seinen Bürgerinnen und Bürgern gesetzt.

Lassen Sie uns hoffen, dass auch die übrigen budgetären Fragen einem positiven Ende zugeführt werden können und wir im Dezemberplenium sowohl über einen Nachtragshaushalt 6 für das

Jahr 2012 in ausreichender Höhe als auch einen soliden Haushalt 2013 abstimmen können.